

Die Schweiz ist eine Erfinder- und Tüftlernation

«Der Fachkräftemangel ist hausgemacht», Ausgabe vom 9. August

Bildungsexperte Rudolf Strahm sagt im Interview vom Samstag, 9. August, richtigerweise: «Wenn junge Menschen stark sind in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT), schaffen sie den Sprung ins Gymnasium nicht, wenn sie nicht auch in Fremdsprachen stark sind. Topmanager und HR-Verantwortliche rekrutieren aufgrund der Personenfreizügigkeit reflexartig Akademiker aus dem Ausland, weil sie das schweizerische Berufsbildungssystem nicht mehr kennen.»

Genau diese «Sprachbarriere» beschäftigte mich schon seinerzeit als Kantonsrat. Als Mitglied der IG Ganzheitliche Bildung stand ich dem Frühenglisch als dritte Fremdsprache auf Primarschulebene kritisch gegenüber (auch das Hochdeutsche ist für uns Schweizer nicht ohne). Ebenso weil es auf Kosten von Fächern wie Handwerkliches Gestalten eingeführt wurde. Bei Sport, Musik und Sprachen ist das (Freizeit-) Angebot gross. Wie aber sollten Kinder und Jugendliche den Zugang zu Berufen im MINT-Bereich finden, wenn sie damit in der Berufswahlphase kaum mehr in Berührung kommen? Es ist insbeson-

dere dem früheren Bildungsdirektor Patrick Cotti sowie dem weitsichtigen Zuger Regierungsrat und etlichen begeisterten Sponsoren und natürlich dem Gründer Johny Padua zu verdanken, dass der Kanton Zug heute ein etabliertes und gut vernetztes Tüftellabor hat, wie sie in immer mehr Regionen der Schweiz erfolgreich eröffnet werden (im Mai 2014 das Labor Luzern). Das Tüftellabor Einstein ist ein modernes, ausser-schulisches Bildungsangebot zur Begabungsförderung für Kinder und Jugendliche ab neun Jahren. Im Tüftellabor können Projekte und Ideen nach eigenen Vorstellungen und Fähigkeiten ver-

wirklicht werden. Fachlich und pädagogisch qualifizierte Coachs unterstützen die Kinder und Jugendlichen. Das Tüfteln und Werken ist doch eine typisch helvetische Besonderheit! Wir sind eine Erfinder- und Tüftlernation! Wenn fähigen Ingenieuren, Konstrukteuren und Handwerkern im eigenen Land aufgrund einer abzubauenen Bildungsbarriere die Karriere erschwert wird, dann bewegen wir uns in die falsche Richtung. Ich schliesse mit Strahms Worten: Das kann doch nicht sein.

THOMAS BRÄNDLE,
PRÄSIDENT TÜFTELLABOR EINSTEIN ZUG,
UNTERÄGERI

Ein Zeichen von Stärke

Zu den Ergebnissen des PUK-Berichts

In der Sonntagszeitung vom 3. August zeigt sich der Chefredaktor der «Neuen Luzerner Zeitung» begeistert über die 1.-August-Rede von Ludwig Hasler. Mit ebensolcher Begeisterung las ich die gesamte Rede des Physikers und Philosophen auf der Seite 11. Einige markante, treffende Textstellen wurden mit gelber Farbe deutlich hervorgehoben. Unter anderem der Satz: «Permanent wird gemotzt – über Politiker, Abzocker, Lehrerinnen.» Er fährt in seinem Text weiter: «Überall Nieten, im Bundesrat, Stadtrat, sogar im Fussball. Ausgerechnet wir, die Weltspitze, mit Pfeifen an der Spitze?»

Bedauerlicherweise schlägt die Zeitung nur drei Tage nach Abdruck dieser Rede in exakt diese Kerbe. Mit voller Wucht stellt sie den Zuger Stadtrat Andreas Bossard an den Pranger. Selbst die Bildsprache spricht Bände. Aus einem Fall Romer wird durch die Zeitung ein Fall Bossard gemacht. Süffisant lächelnd schwebt Ivo Romer über den Stadträten Bossard und Müller.

Diese Art der Berichterstattung hat Andreas Bossard nicht verdient! Während 12 Jahren hat er das Departement Soziales, Sicherheit und Umwelt geleitet – eines der grössten und zeitintensivsten Departemente überhaupt. Dreimal haben ihn die Stadtzuger gewählt. Dreimal haben sie ihm ihr Vertrauen ausgesprochen. Das schafft keine Pfeife. Das schafft nur jemand, der sein Departement im Griff hat und sich durch Glaubwürdigkeit und Einsatz Vertrauen und Respekt verschafft. Als Christlichsozialer lässt sich Andreas Bossard von einem humanistischen Menschenbild leiten. Er steht für die Würde des einzelnen Menschen ein. Er setzt auf Vermittlung zwischen den Parteien und beruft sich auf die Einschätzung der Ärzte und Fachpersonen. Er urteilt nicht leichtsinnig. Dies sind Attribute, welcher jeder Betroffene schätzen würde. Im Vormundschaftswesen gibt es immer Menschen, welche verletzt werden, welche nachgeben müssen, welche z. B. ein Sorgerecht verlieren, bevormundet werden oder sich benachteiligt fühlen. Die hochkomplexen Fälle erfordern Feingefühl und Verantwortungsbewusstsein.

Als Schulleiterin habe ich direkt mit Vormundschaftsfällen zu tun. Die Fachpersonen der Vormundschaftsbehörde sind einem enormen Druck ausgesetzt. Das Verhalten der Klienten ist oft nicht berechenbar. Menschen funktionieren nicht wie Maschinen. Es kann durchaus zu Fehleinschätzungen kommen, aber diese geschehen nie absichtlich, mutwillig oder willkürlich.

Der PUK-Bericht stellt dem Stadtrat als Ganzes ein gutes Zeugnis aus. Die massiven Vorwürfe, welche davor im Raum standen, wurden allesamt entkräftet. Dass Andreas Bossard den Fall Romer dem gesamten Stadtrat hätte früher unterbreiten müssen, dafür hat er klar die Verantwortung übernommen und Fehler eingestanden. Dies zeugt von Stärke und Ehrlichkeit. Doch Hand aufs Herz, hätte irgendjemand von Ihnen davor geglaubt, dass ein solcher Skandal möglich wäre?

BARBARA MÜLLER HOTEIT,
CO-PRÄSIDENTIN DER CSP ZUG

Die Schweizer Gesundheitspolitik gibt zu diskutieren

Zur Abstimmung über die Einheitskrankenkasse vom 28. September

Die Krankenversicherung soll in der Schweiz alle Einwohner im Krankheitsfall finanziell absichern. Gemäss dem Krankenversicherungsgesetz (KVG) aus dem Jahr 1994 müssen alle in der Schweiz wohnhaften Personen einer Krankenkasse angehören. Dies ist grundsätzlich positiv, denken wir an die zum Teil prekäre Lage von einkommenschwachen Menschen mit gesundheitlichen Problemen, zum Beispiel in den USA, wo die obligatorische Krankenversicherung noch immer ein Politikum ist. Zufrieden stellend ist die Situation bei uns aber mitnichten. Aus der Perspektive der Versicherten sind insbesondere die ständig steigenden Krankenkassenprämien ein Problem.

Die Versicherungsleistungen der Krankenkasse sind seit 1996 jährlich um durchschnittlich 5 Prozent gewachsen, während die Haushaltseinkommen in Relation zu den Lebenshaltungskosten in der Schweiz aber tendenziell stagnierten. Somit bedeuten

die monatlichen Ausgaben für die Krankenversicherung für die meisten Einwohner und Einwohnerinnen der Schweiz eine hohe finanzielle Belastung. Besonders Personen mit kleinem Einkommen und Familien mit Kindern sind davon betroffen. Der Eigenbehalt ist teilweise so hoch, dass man als üblicherweise gesunde Versicherungsnehmerin so gut wie nie Kassenleistungen in Anspruch nimmt. Zudem sind in Regionen mit hohen Gesundheitsausgaben, wie etwa städtische Gebiete mit dichter Gesundheitsinfrastruktur, die Krankenkassenprämien besonders hoch. Der Staat versucht hier betroffene Versicherungsnehmende zu entlasten. Der ständig wachsende Anteil von Menschen mit Anspruch auf Prämienverbilligungen ist ebenfalls ein Zeichen der unverhältnismässig hohen Kosten für die Krankenversicherung. Im Gegensatz zu den Gegnern der Vorlage sehen wir durchaus ein grosses Sparpotenzial, wenn endlich der Wettbewerb unter den Kassen wegfällt. Und mehr noch: Für die Versicherungsnehmenden würde die Kran-

kenversicherung zudem weniger bürokratisch, übersichtlicher, und es müssten nicht ständig Kassenwechsel ins Auge gefasst werden, wenn die Prämien wieder ansteigen. Die Gesundheitsversorgung für alle würde nachhaltig gesichert und optimiert, und vor allem gerechter und solidarischer, denn alle wären bezüglich der obligatorischen Grundversicherung gleichgestellt. Alle hätten dieselben Bedingungen, und Menschen mit gesundheitlichen Problemen würden nicht mehr pietätlos als «Risiko» eingestuft. Ich sage am 28. September 2014 Ja zu einer öffentlichen Krankenkasse!

BARBARA GYSEL,
KANTONS RÄTIN, PRÄSIDENTIN
SP KANTON ZUG, OBERWIL

Die Schweiz hat ein gutes Gesundheitssystem, das bei internationalen Vergleichen regelmässig gelobt wird. Es ist unbestritten, wir bezahlen dafür einen hohen Preis. Wollen wir aber die Qualität unseres Gesundheitssystems gefährden?

Wir sind überzeugt, dass es in unserem Gesundheitswesen Optimierungsmöglichkeiten gibt. Dazu gehört jedoch nicht das Abwälzen neuer Kosten durch eine Einheitskasse auf die Versicherten und den Staat, sondern die durch Wettbewerb geförderte Bereitschaft aller Beteiligten, so der Krankenkassen und der Pharmaindustrie, die Ertragsmaximierung zu Gunsten unseres Gesundheitssystems abzubauen.

Eine Vereinheitlichung oder Verstaatlichung unseres Gesundheitssystems lehnen wir ab. Mit einer Einheitskasse gehen Wahlfreiheit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung verloren. Wir wollen weiterhin unser persönliches Versicherungsmodell, die Höhe der Franchise und den Arzt selber wählen. Deshalb stimmen wir am 28. September Nein zur radikalen Änderung eines bewährten Gesundheitssystems und damit Nein zur Einheitskasse.

URS PERNER, MARTINA ARNOLD, STELLA LANDTWING, PASCAL CURTET, PETER MOLL,
WALTER WEBER UND PETER R. HOFMANN,
VORSTAND CVP 60+ KANTON ZUG



Am Himmel ziehen dunkle Wolken auf

Solche Bilder sind den Zugern diesen Sommer nur allzu vertraut: Vom Westen her ziehen grosse Wolken über den Lindenberg in Richtung Zug, die einen der vielen

Regengüsse ankünden. Auch wenn die Gewitter die Stimmung trüben: Eindrücklich sind die Wolkenformationen allemal.

Leserbild Paul Stadelmann, Zug

Und politische Parteien haben doch ihren Sinn

Zum Leserbrief «Die Mitte bringt uns nicht weiter», Ausgabe vom 9. August

Mein Bruder provoziert des Öfteren mit seinen Leserbriefen. Ich weiss, dass es ihm vor allem darum geht, eine Diskussion zu entfachen, und normalerweise tragen wir diese zu Hause aus. Betreffend seine Meinung, Parteien seien überflüssig, muss ich nun doch öffentlich intervenieren. Es gibt vor allem drei Aspekte, welche er unterschätzt.

Der erste ist, dass es einen Unterschied zwischen Exekutive und Legislative gibt. In der Exekutive spielt die Partei eine untergeordnete Rolle, da muss und wird zusammengearbeitet. Es werden gemeinsam sachliche Probleme gelöst, so wie er es fordert. Aber meine Parteizugehörigkeit sagt den Wählern etwas über meine Haltung aus.

Der zweite Aspekt ist, dass ohne Parteien sich nur noch wohlhabende Bürger ein politisches Amt leisten können,

so wie zum Beispiel in den USA. Denn ein Wahlkampf ist zu finanzieren, und das ist auch eine der Aufgaben der Parteien. Ohne die Parteien ist die Politik einem elitären Kreis vorbehalten, und das ist nicht das, was einer Demokratie guttut.

Der dritte Punkt ist, dass innerhalb eines Mehrparteiensystems politische Parteien untereinander um die Besetzung der politischen Entscheidungspositionen konkurrieren. Sie tragen zur politischen

Willensbildung bei und bilden insofern eine wichtige Säule der politischen Verfassung eines demokratischen Staates.

Zum Thema Mitte möchte ich sagen, dass eine Mitte ausgleichend wirken kann und ich auch als Mittelpolitikerin klare Stellungnahmen abgeben kann. Man darf nicht alle, die in der Mitte politisieren, in einen Topf werfen.

CARINA BRÜNGGER-EBINGER,
FDP-GEMEINDERÄTIN, STEINHAUSEN